

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Dann auch Klartext zu den Punkten, die Sie uns als "großen Antrag" vorgestellt haben. Ich habe mit Interesse gelesen, wie viel oder wenig in Ihrem Ursprungspapier, in Ihrem Vorstandsantrag vom August 2001 über die Probleme der Sonderschulen stand. Dann habe ich auch gesehen: Sie hatten den Parteitag am 3. November. Da haben Sie 90% dessen, was Sie uns hier eingebracht haben, in Worten beschlossen. Am 3. November haben Sie aber gleichzeitig einen Antrag beschlossen, mit dem der Landesvorstand der CDU aufgefordert wird, in Zusammenarbeit mit der CDU-Landtagsfraktion bis zum nächsten Parteitag der CDU-NRW das Kapitel "Sonderschule" in dem Papier "Schule und Lernen in der Wissensgesellschaft - Petersberger Modell" neu und ausführlicher zu fassen. Das war beides am 3. November. Sie hatten bis heute Zeit. Das ist ja schon etwas her. Aber nicht einmal diese Notwendigkeit haben Sie gesehen: Sie haben selbst die Passage, die Ihnen auf Ihrem eigenen Parteitag zur Überarbeitung ans Herz gelegt worden ist, unverändert gelassen und hier wieder eingebracht. Und dann sagen Sie uns: Das ist die Diskussion zu dieser Frage. Meine Güte!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

(B)

Also: Pritt-Stift statt Konzeption, Parteitagslyrik aus Modellbaukästen! Das ist es wirklich nicht.

Herr Kollege Rüttgers hat gestern eine Stärkung des Parlaments gefordert, sehr vehement und mit vielen Worten. Er wollte das durch Abstimmungen im Hinblick auf das Verhalten der Länder im Bundesrat erreichen. Es wäre, glaube ich, besser, wenn man das durch eigenständige und gründliche Anträge und damit Aufwertung von Parlamentsdebatten erreicht.

(Zuruf von der CDU)

Das wäre erfolgreicher.

In einem Punkt gebe ich Herrn Reul Recht. Herr Reul hat am 6. Dezember im "Morgen-Echo" gesagt, man müsse jetzt nach Pisa nicht nur wieder herumlabern. Genau! Hätte er sich doch danach gerichtet! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(C)

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar über die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/2164** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, an den **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**, an den **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik**, an den **Ausschuss für Migrationsangelegenheiten** sowie an den **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/2084

erste Lesung

(D)

Zur Einbringung des Gesetzentwurfes erteile ich der Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Frau Behler, das Wort. Bitte schön.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Recht gehört die Lehrerausbildung auf den Prüfstand. In diesen Zeiten erst recht! Denn Erziehung und Bildung haben natürlich viel mit der Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern zu tun. Insoweit ist Ausbildung genauso wie Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern, auch von Erzieherinnen und Erziehern, ein Schlüssel für die Weiterentwicklung des Bildungssystems.

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Wir haben hier einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der Dinge entwickeln will, die zu Beginn dieses Jahrhunderts von der Lehrerausbildung zu Recht erwartet werden: Analyse und Diagnose bei der Lesekompetenz, der mathematischen und der naturwissenschaftlichen Grundbildung als obligatorische Studienanteile, und dies in allen Lehrämtern.

An erster Stelle brauchen wir natürlich fachlich solide ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Dabei geht es um Kenntnisse und Vermittlungswissen. Es geht aber auch um klar umrissene Kompetenzen für das Lehrerhandeln in der beruflichen Praxis. Schule vermittelt mehr als Wissen. Sie vermittelt auch Orientierung. In allen Phasen der Lehrerausbildung geht es nicht einfach um den Erwerb abgeschlossener Wissensbestände, sondern um anschlussfähiges Wissen, um ausbaubare Kompetenzen und Fähigkeiten. Lehrerinnen und Lehrer müssen ihre pädagogische Verantwortung mit Professionalität wahrnehmen und sich dabei auch jeweils kritisch mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag von Schule und mit der eigenen Lehrerrolle auseinander setzen.

- (B) Die Kernelemente der Neufassung des Lehrerbildungsgesetzes sind auf eine nachhaltige und langfristige Reform ausgerichtet. Sie greifen die aktuelle Diskussion, aber auch die bereits in den letzten beiden Jahren geführte bildungspolitische Diskussion auf. Die Neufassung des LABG nimmt die Grundpositionen der Landtagsentschließung von 1999 auf, nämlich die Stärkung der Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktik, die Neuordnung der Praxisphasen und die klare Gliederung des Studiums. Das sind nur einige Stichworte, die ich hierzu in Erinnerung rufe.

Nach mehr als 20 Jahren ersetzen wir die Stufenlehrerausbildung durch stufenübergreifende Lehrämter mit deutlicherem Schulformbezug. Diese Entscheidung hat, wenn man alles zusammennimmt, insgesamt viel Zustimmung gefunden.

Das gilt im Prinzip auch mit Blick auf die Primarstufe. Wir wollen in der Primarstufenausbildung an dem, was bewährt ist, festhalten und gleichzeitig die Fachlichkeit stärken. Denn ein einfaches "Weiter so!" würde an den Veränderungsnotwendigkeiten gerade auch im Grundschulunterricht vorbeigehen.

Wir wollen gleichzeitig den Inhabern dieses Lehramtes ein breites Einsatzfeld eröffnen. Dabei ist

- (C) es richtig, den Blick mit besonderer Aufmerksamkeit auf den grundlegenden Wissens- und Kompetenzerwerb in der Grundschule zu richten. Daher sind die spezifischen Anforderungen und die pädagogischen Leistungen der Grundschule beim Entwurf dieses stufenübergreifenden Lehramtes sehr sorgfältig beachtet worden.

Ich glaube, nicht erst, aber besonders nach den vielfach zitierten Ergebnissen von TIMSS und von PISA ist es unbestreitbar, dass den Qualifikationen der Lehrerinnen und Lehrer in Mathematik und Sprache, also im mathematischen Denken und in der sprachlichen Fokussierung des Denkens, für die Grundlegung von Wissen und Können in den zentralen Kulturtechniken herausragende Bedeutung zukommt. Dabei ist die Anschlussfähigkeit an die Sekundarstufe I mit zu denken und mit zu berücksichtigen.

Am schlechtesten sind immer solche Systeme, in denen die Anschlussfähigkeit dadurch erschwert wird, dass sie sich - durch formale Strukturen erleichtert - von dem nächsten Schritt, der nächsten Stufe und der nächsten Institution abkoppeln. Deshalb: Fachwissenschaftlicher Standard der Ausbildung ist auch hier ein wichtiger Part.

- (D) Ich will aber deutlich sagen: Die Lehramtsausbildung mit dem Schwerpunkt Primarstufe behält die Pflichtbindung Deutsch und Mathematik in modifizierter und optimierter Form bei.

Was ich inhaltlich zur Weiterentwicklung des Sachunterrichts unter dem vorigen Tagesordnungspunkt gesagt habe, gilt natürlich auch für die Weiterentwicklung des Faches Sachunterricht und damit die Lehrerausbildung.

Das Grundkonzept praxisorientierter und systematischer Professionalisierung, auf dem das LABG basiert, wird erst mit der Neufassung der LPO, der Lehramtsprüfungsordnung, umgesetzt und wirksam. Deshalb wirkt ein solches Gesetz bei der ersten Lektüre natürlich relativ nackt.

Zu dieser Neufassung der LPO gehören ein Basiscurriculum für Erziehungswissenschaften, um von dieser Beliebigkeit der Anordnung von Bausteinen im erziehungswissenschaftlichen Studium wegzukommen, eine Stärkung des Praxisbezugs durch Systematisierung, eine Ausweitung der Praxisstudie sowie die Modularisierung studienbegleitender Prüfungen und damit auch Entlastungen im Prüfungsbereich selbst. Wir werden diese

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Novelle der Lehramtsprüfungsordnung unmittelbar nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens vorlegen.

Ich glaube, dass wir hiermit viele Anforderungen berücksichtigen können, die sich in den letzten Jahren immer wieder auch aus Alltagsdiskussionen ergeben haben und weiter ergeben, z. B. die Frage nach demjenigen, der erst viel zu spät, nämlich nach einem Studium, in der Referendanzzeit, womöglich erst in der Berufseingangsphase feststellt, dass der Beruf vielleicht doch nicht der richtige ist.

Durch stärkeren Praxisbezug und Ausweitung der Praxisphasen wollen wir systematisch einen Ort der Selbstvergewisserung über die berufliche Entscheidung finden und vorgeben. Dazu gehört aber eben auch, die berufliche Professionalität im Bereich der Erziehungswissenschaften genauer herauszuarbeiten. Denn es geht nicht einfach um allgemeine Erziehungswissenschaften selbst - dadurch wird professionelles Handeln noch nicht zwingend besser -, sondern um spezifische Kompetenzen in diesem Feld, die dann auch tatsächlich für den Berufsalltag von Lehrerinnen und Lehrern wirksam werden. Wie gesagt, in der Umsetzung über die LPO, die können sich noch nicht in dieser Weise im Gesetzestext selbst praktisch realisieren; dort sind sie angelegt.

Ich möchte zu einem weiteren Punkt überleiten, der gerade in der Öffentlichkeit in den letzten Monaten hohe Aufmerksamkeit gefunden hat. Dabei geht es um die Öffnung im LABG für alternative Studienstrukturen.

Hier gibt es manchmal das Missverständnis, als ginge es darum, über diese Öffnung sozusagen die Gewichtung zu verlagern, als ginge es darum, über diese Öffnung in einem Modellversuch die grundständige Lehrerausbildung an die Seite zu schieben. Genau darum geht es nicht. Vielmehr sollen auch im Bereich der Lehramtsstudiengänge nicht Möglichkeiten ausgeschlossen werden, die sich ebenfalls aus der Internationalisierung heraus ergeben. Denn wir haben im Trend der Internationalisierung einen Weg zu konsekutiven Studiengängen. Ich möchte nicht, dass die Lehrerbildung von vornherein automatisch ausgeschlossen sein muss.

In der konsekutiven Studienstruktur qualifiziert ein breit angelegtes Grundlagenstudium für ein weites Berufsfeld. Dort gibt es Kompetenzanteile

für Wissensvermittlung und Wissenstransfer und ein darauf aufsetzendes Studium, der Master, der zur Vertiefung und Intensivierung jeweils noch fehlender Aspekte dient. Diese Studienstruktur kann den Vorteil haben, dass die Berufsentscheidung Lehrer nicht unmittelbar am Anfang eines Studiums fallen muss, also auch die Öffnung für andere Berufe ermöglicht wird. Umgekehrt können auch Leute mit anderen Berufsvorstellungen noch zu einem späteren Zeitpunkt Lehrer werden, was wir darüber hinaus auf etlichen Feldern dringend brauchen. (C)

Insoweit geht es hier also um eine Öffnung auch für andere Modelle. Dazu gibt es aber noch keine konkreten Erfahrungen, jedenfalls nicht in Deutschland. Es gibt keine Erfahrung in der Lehrerbildung mit konsekutiven Studiengängen in Deutschland. Auch hier wird im internationalen Vergleich der Blick auf andere Länder helfen. Deshalb liegt mir daran, heute hier zu sagen, dass wir bei dem Modellversuch, der aufgrund der Öffnungsklausel geplant wird, natürlich sehr sorgfältig die Standards beachten wollen und müssen, die von der Kultusministerkonferenz als Anerkennungsbedingung formuliert wurden. Es kann nicht sein, junge Leute in ein Studium zu holen und ihnen keine Sicherheit für die Anerkennung ihres Abschlusses zu geben. (D)

Wir werden auch bei der Genehmigung von Modellversuchen den fachlichen Beitrag des jeweiligen Modellversuchs zur Reform und Optimierung der Lehrerbildung als zentrales Entscheidungskriterium einsetzen. Es muss uns ja insgesamt darum gehen, die Lehrerbildung zu verbessern. Wir wollen dabei unterschiedliche Möglichkeiten zulassen. Aber die Verbesserung der Professionalität von Lehrerinnen und Lehrern muss das entscheidende Kriterium sein.

Wir haben neun Anträge auf Teilnahme am Modellversuch vorliegen. Diese werden von einer Expertenkommission bewertet und können bei positiver Entscheidung zum Wintersemester 2002/03 realisiert werden.

Die Ausbildung an einer Hochschule liefert die Grundlegung für berufliche Kompetenz. Diese Kompetenz wird als Fundament im Studium angelegt. Sie wird im Vorbereitungsdienst erweitert und bedarf der ständigen Anpassung durch Fort- und Weiterbildung. Wir sind bei allen weiteren Debatten gut beraten, immer auch daran zu denken, dass in der Tat die Ausbildung zum Lehrer,

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) zur Lehrerin nicht jeweils mit dem Abschluss eines Examens zu Ende sein kann. Wir müssen immer das gesamte System mit in den Blick nehmen.

Die Entscheidung für ein Lehramt und für eine Schulstufe innerhalb dieses Lehramts ist nicht zwanghaft eine lebenslange Entscheidung. Das wollten wir durch die Modularisierung mit ermöglichen. Insbesondere für das Lehramt für Sonderpädagogik schaffen wir durch Stärkung des Zusatzstudiums eine Alternative. Das macht nicht nur den Wechsel von der Regelschule zur Sonderschule möglich, sondern lässt es umgekehrt auch zu, dass eine Schwerpunktsetzung in Sondererziehung und Rehabilitation in das Lehramtsstudium für allgemein bildende Schulen integriert werden kann.

Ich komme zum Schluss: Zur Ausbildung gehören Rahmenvorgaben, Qualitätsstandards und Qualitätskontrolle. Genauso müssen aber die Hochschulen, die Studienseminare und die Systeme der Fortbildung ein breites Angebotsspektrum für individuelle Schwerpunktsetzungen vorhalten. Nur so können wir letztlich Lernen in der Breite sichern.

- (B) Ich freue mich auf intensive fachliche Beratungen und offene Diskussionen hier und in den Ausschüssen. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir mit diesem Entwurf für ein Lehrerausbildungsgesetz auf einem guten Weg sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die SPD-Fraktion hat Kollege Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf hat als Grundlage das Eckpunktepapier, das wir vor fast zwei Jahren im Plenum verabschiedet haben und bei dem wir die Grundsätze festgelegt haben, an denen wir die Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes messen wollen. Dieses Eckpunktepapier ist damals wohl bei Enthaltung der CDU-Fraktion verabschiedet worden. Es gab dazu aber eine doch über alle Fraktionen hinweg ge-

hende Einigkeit über die Prinzipien, die der Novellierung zugrunde liegen sollten.

(C)

Da war zum Ersten, ausgehend von Erfahrungen mit der bisherigen Ausbildung, der Wunsch nach einem früheren und verstärkten Praxisbezug. Es gab den Wunsch, dass die Erziehungswissenschaften bei allen Lehrämtern wieder eine größere Rolle spielen sollten. Das sollte keine Kritik an der Ausbildung von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern, Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrern oder Stufenlehrern sein. Vielmehr waren wir nach wie vor der Meinung, dass es gerade für die Unterrichtung im Gymnasium gut wäre und der Vermittlung von Wissen zugute kommen könnte, wenn erziehungswissenschaftliche Inhalte mit einer vertieften Kenntnis der Didaktik der Fächer verknüpft wären. Denn wie bei allem, was wir auch heute Morgen diskutiert haben, geht es im Kern darum, den Unterricht zu verbessern. Wir unterhalten uns hauptsächlich über Rahmenbedingungen, weil wir auch in der Lehrerausbildung nur auf die Setzung von Rahmenbedingungen politisch Einfluss haben.

Dieses Eckpunktepapier setzte an der Erkenntnis an, der immer raschere Wandel in der Gesellschaft erfordert ein flexibles Reagieren der Lehrer darauf, dass wir eine stärkere Verbindung und Einbeziehung der Forderungen der Arbeitswelt und des Beschäftigungssystems an der Schule haben wollen. Kinder und Jugendliche, die heute zur Schule gehen, wissen gar nicht mehr, wie die Welt dann aussehen wird, wenn sie die Schule verlassen werden. Der Satz "Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir" ist nach wie vor richtig, aber niemand kann sagen, wie das Leben, auf das die Schule vorbereiten muss, in zehn oder 15 Jahren aussieht. Die obersten Prinzipien sind: Grundlagenwissen, Flexibilität und möglichst schnelle Anpassung an sich verändernde Gegebenheiten, also eine Offenheit in der Entwicklung.

(D)

Wir haben präzise gefordert: Die berufliche Handlungsfähigkeit muss verbessert werden. Der Bezug zur Berufspraxis soll von Anfang an im Studium hergestellt werden. Ich hatte schon über den Praxisbezug gesprochen. Wir wollen auch, dass die jungen Leute möglichst früh die Praxis kennen lernen, um zu sehen, ob der Beruf für sie geeignet ist oder nicht. Nach wie vor fällt ein Großteil der jungen Menschen, die Entscheidung, welches Lehramtsstudium sie wählen, zu Beginn des Stu-

(Manfred Degen [SPD])

- (A) diums; sie bildet sich nicht im Laufe des Studiums heraus. Denn wenn Lehramtsstudenten kurz vor Berufseintritt zum ersten Mal mit den real existierenden Schülerinnen und Schülern in geballter Form konfrontiert werden, kann das durchaus für beide Seiten ein Praxisschock sein. Das zu revidieren, ist für alle Seiten schwer und eine Belastung.

Wir wollen, dass die Fachdidaktiken, die im Rahmen der damaligen Zusammenlegung der Pädagogischen Hochschulen mit den Universitäten etwas ins Hintertreffen geraten sind, wieder aufgewertet werden. Es ist nicht nur das Wissen über das Fach, sondern auch das Wissen, welche Teile eines Faches sich besonders für die Vermittlung, für die Schaffung von Basisqualifikationen eignen und welche dieser fachlichen Inhalte ein Korsett bilden, an dem sich später die gesamte Fortbildung - Stichwort: lebensbegleitendes Lernen - festmachen kann. Es sind andere Inhalte, vielleicht auch weniger, aber konkretere Inhalte, die bei dem Studium und vor allem bei der Vermittlung der Inhalte in der Schule eine Rolle spielen.

- (B) Wir haben vor zwei Jahren schon gesagt: Wir wollen den Zugang zur Ausbildung für weitere Lehrämter erleichtern sowie für Bachelor und Master offen halten. Wir wussten schon damals, dass es so etwas gibt, aber ich muss ehrlich gestehen, die Konkretisierung dieses Problems war uns damals noch nicht so bewusst.

Wir wollten auch, dass diese Angebote polyvalent sind und man sich hinterher entscheiden kann. Die bisherige Lehrerbildung war in ihrer Zielgerichtetheit durchaus auf die Vermittlung von Wissen an junge Menschen ausgelegt, hatte aber auch eine große Polyvalenz zu anderen Betätigungsfeldern und eine große Öffnung. Das sieht man daran, in welch attraktive Berufe Lehrerinnen und Lehrer zum Teil gekommen sind, die nicht in den Schuldienst eingetreten sind.

Man darf diese Polyvalenz, die in dem Verbund von Pädagogik, Fachwissenschaft und Vermittlungsfähigkeit liegt, nicht unterschätzen. Man kann darüber streiten, ob diese konsekutiven Bildungsgänge, in denen zwei Bachelor-Bildungsgänge am Ende der ersten Phase stehen, in ihrem Einsatz so polyvalent sind wie die bisherige Lehrerbildung. Das wird aber ein wesentlicher Bereich der Versuche sein, die hier gemacht werden sollen.

Wir sind dann von den Vorschlägen der so genannten Expertenkommission überrascht worden. Ich habe bis heute den Eindruck, dass in der Diskussion an den Hochschulen die Modellversuche, die mit konsekutiven Bildungsgängen gemacht werden können, im Denken und in der Vorbereitung der Universität wesentlich größeren Raum einnehmen als all das, was bei der "normalen" Novellierung der Lehrerbildung gemacht werden soll. Bis zur zweiten Lesung müssen wir diesen Eindruck zurechtrücken; denn die Möglichkeiten konsekutiver Bildungsgänge müssen erprobt werden. Ich bin sehr dafür.

Man muss auch überlegen, ob die Reihenfolge der Ausbildung die gleiche sein muss, wenn ein Fachstudium begonnen wird und der pädagogische Bereich dann im Master-Bildungsgang dazukommt. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass das auch umgekehrt sein kann, dass man in der Bachelor-Phase ein verbundenes Grundstudium macht und dann die Fachlichkeit in Physik oder Chemie in einer Masterphase draufsetzt. Darüber sollte man noch einmal diskutieren.

Wir sind auf jeden Fall mit unserem Referentenentwurf relativ offen und werden - darüber sind wir uns, glaube ich, einig; wir hatten ja schon einen Termin für eine Anhörung festgelegt, der aber inzwischen obsolet ist - im Monat März eine breit angelegte Anhörung zu diesem Referentenentwurf durchführen.

Dort sollen noch einmal alle Beteiligten zu Wort kommen. Wir sollten dann vor der zweiten Lesung eine wirklich offene Diskussion führen. Ich glaube, da gibt es mehr Gemeinsamkeiten als in dem Bereich, den wir vor einigen Stunden diskutiert haben. Ich bin der Meinung, dass wir dann zu einer Novelle des Lehrerbildungsgesetzes kommen. Dafür hat Nordrhein-Westfalen eine gute Basis und könnte wieder einmal eine Vorbildfunktion einnehmen.

Ich wünsche mir diese Vorbildfunktion nicht nur im Bereich der konsekutiven Bildungsgänge, sondern die Vorbildfunktion könnten wir auch bei dem normalen Lehrerbildungsgesetz wahrnehmen, mit dem wir die Basis für den Berufseintritt, für die Berufstätigkeit der Lehrer verbessern wollen.

Es ist auch klar, dass wir die verschiedenen Phasen der Lehrerbildung besser verschränken müssen. Dazu zählt nicht nur die erste und die

(C)

(D)

(Manfred Degen [SPD])

- (A) zweite Phase, sondern wir müssen mittlerweile auch von einer dritten Phase der Lehrerbildung, nämlich einer stärker organisierten Fortbildung, sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte mir auch vorstellen, dass man beispielsweise die zweite Phase bemüht, um den Praxisbereich zu stärken, bei dessen Organisation sich Universitäten nachweislich schwer tun, und die Lehrer als Hilfe zur Organisation des Praxisbereichs innerhalb der universitären Phase einbezieht.

All das muss möglich sein. Das sollten wir gemeinsam und offen diskutieren. Ich bin überzeugt: Am Ende des Prozesses werden wir in Nordrhein-Westfalen ein hervorragend novelliertes Lehrerbildungsgesetz haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Degen. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Solf das Wort. Bitte schön.

(B)

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich habe Ihnen sehr genau zugehört, und mir drängt sich das Gefühl auf, dass Sie selbst wissen, wie unfertig der jetzt vorliegende Entwurf noch ist. Auch den Worten von Herrn Degen kann man Ähnliches entnehmen.

Was hat sich denn seit Mai letzten Jahres getan, als ich hier sagte: "Die Lehrerbildung ist vor die Wand gefahren"? - Eine offene Diskussion, derer es bedurft hätte, jedenfalls nicht! Sie, Frau Ministerin, haben das kaputte Fahrzeug zunächst in die Garage der GEW geschleppt. Dort haben Ihnen aber die Monteure nicht gefallen. Dann haben Sie es zur IG Metall geschleppt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das mag Ihnen innerhalb der SPD etwas geholfen haben; der Lehrerbildung hat es noch nicht geholfen. Ergebnis: Rechtzeitig zum Heiligen Abend haben Sie uns das alte Unfallfahrzeug unter den Weihnachtsbaum geknallt, aber leider

nicht ordentlich repariert, sondern nur modisch lackiert.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Nun freut sich jeder über ein selbst gebasteltes Geschenk von den Kindern, auch wenn es krumm und schief ist. Hier zählt der gute Wille. Bei einem Gesetzentwurf der Landesregierung allerdings reichen Basteln und guter Wille nicht aus. Der vorliegende Entwurf zeigt das.

Die Schulministerin hat eben nicht auf die vielfältig vorgebrachten Hinweise gehört. Sie hat die Vorschläge der Fachleute der Lehrerbildung beiseite gelegt. Frau Ministerin, Sie halten an Ihrem Schlingerkurs fest: ein bisschen hin zu den Schulformen, aber nicht zu viel, ein bisschen Praxisorientiertheit, aber das eigentlich Pädagogische doch erst im späteren Verlauf der Ausbildung. Und überall in Ihrem Entwurf heißt es: Das Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu regeln ...

Frau Ministerin, ich stelle mir Demokratie anders vor. Früher waren übrigens da auch die Grünen sensibel.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Früher haben Sie Evaluation wenigstens noch behauptet, wenn auch nur selten ordentlich durchgeführt. In Ihrem Gesetzentwurf verzichten Sie jetzt ganz auf dieses Wort. Das lässt Böses ahnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage durchaus Ja zu Modellversuchen; wenn sie denn wirklich ergebnisoffen sind, wenn Mindestbedingungen klar festgelegt werden und wenn sie fair und gerecht evaluiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf bei der Lehrerbildung eben nicht in erster Linie um hochschulsystematische Weichenstellungen gehen.

(Beifall bei der CDU)

Es darf nicht darum gehen, wie ich mit dem früher von mir Gesagten Recht behalten kann. Nein, es geht um die zentrale Aufgabe unseres Bildungssystems, Lehrerinnen und Lehrer so auszubilden, dass sie, so weit es eben geht, das jeweilige

(Michael Solf [CDU])

- (A) Kind, den jeweiligen Jugendlichen nach der jeweiligen Begabung und Neigung professionell unterrichten, erziehen, für das Leben befähigen können.

Meine Damen und Herren, sogar die, die im Mai nicht hören wollten, tun nach PISA so, als hätten sie es endlich begriffen. Aber es wird halt oft nur geredet. Es tutet aus allen Ecken. Demnächst wird jemand den Kindern die Fibel in die Windel legen. Fehlt eigentlich nur noch die Forderung des Herrn Ministerpräsidenten nach bilingualem Finischunterricht im Mutterleib.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber selbst das könnte uns nicht schrecken; denn bisher haben wir in den bildungspolitischen Mitteilungen des Herrn Ministerpräsidenten nur Verballyrik, aber keine Handlungsprosa erlebt. Immer dann, wenn es zum Schwure kam, hat er gekniffen.

(Beifall bei der CDU)

Jeder weiß etwas, alle rufen durcheinander, aber diese Landesregierung geht mit ihrem vorgelegtem Gesetzentwurf hinter PISA zurück. Er genügt nicht, er reicht nicht.

(B)

Und zwischen den Zeilen lauert so manche kleine Gemeinheit: So feiert der bedarfsdeckende Unterricht - von Ihnen euphemistisch als selbstständig bezeichnet -, jenes Instrument zur Verschleierung der unzureichenden Lehrerversorgung, seine Aderlung durch Aufnahme in den Gesetzentwurf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Hauptzweck der Referendarinnen und Referendare ist doch nicht, Lückenbüsser für fehlende Neueinstellungen zu sein, sondern erst einmal fundiert ausgebildet zu werden für all das, was man von einer guten Lehrerin, einem guten Lehrer erwartet. Nirgends in Wirtschaft und Gesellschaft würde jemand auf den kühnen Gedanken kommen, es als Ausbildung zu bezeichnen, wenn man von zwölf Stunden Ausbildung nur drei ausgebildet wird und die übrigen neun mehr oder minder allein gelassen herumprobiert. Würde dies in der freien Wirtschaft geschehen, Frau Löhrmann würde dies als herzlose Ausbeutung geißeln.

(Beifall bei der CDU - Manfred Degen [SPD]: Ein Grundsatz der dualen Ausbildung!)

Das, was Sie in § 13 so euphemistisch "Flexibilität des schulischen Einsatzes" nennen, meint doch etwas anderes: Sie können oder wollen den Schulformen nicht die ihnen jeweils adäquate Ausbildung zukommen lassen. Sie sind finanzpolitisch nicht mehr frei, das für Unterricht und Erziehung eigentlich Notwendige zu tun.

Eine Wende tut not. Sie haben wieder nicht den Mut dazu. Sie lavieren, weil Sie nicht stark genug sind, und verstecken Ihre Schwäche hinter starken Worten. Das ist nicht souverän. Sie schaden den Bildungschancen gerade der Kinder und Jugendlichen, die keine bildungsbeflissenen Eltern haben.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schauen Sie doch einmal nach Niedersachsen!)

- Ja, das wäre gut. - Dabei sind die Antworten auf die Fragen gar nicht so schwer. Jenseits der Details, die wir Ihnen dann vielleicht doch in einem eigenen Gesetzentwurf werden vorlegen müssen,

(Manfred Degen [SPD]: Das wäre mal was!)

sehen sie so aus:

Erstens: Wir erkennen endlich an, dass die Lehrerbildung nicht ein Vehikel ist, um anderes durchzusetzen. Die von Ihnen, Frau Behler, immer wieder genannten exogenen Gründe werden von Hamburg bis München als die nicht entscheidenden bewertet.

Zweitens: Wir müssen endlich die Folgerungen aus der Einsicht ziehen: Die fachdidaktische und erziehungswissenschaftliche Ausbildung an der Hochschule ist aufgrund fehlender Standards, fehlender Obligatorik, zu heterogenen Bedingungen an den Unis und insbesondere bedingt durch fehlende zielgerichtete Koordination von Ausbildungsangeboten auf ein unzureichendes Minimum reduziert worden.

Drittens: Wir erkennen endlich an, dass wir eine Ausbildungsatmosphäre schaffen müssen, die junge Menschen wieder stolz sein lässt, Lehrer werden zu dürfen. Es ist eine verdammt verantwortungsvolle Aufgabe für unsere Gesellschaft. Das dürfen wir nicht nur sagen, das müssen alle an den Rahmenbedingungen auch spüren können, insbesondere die Lehrer und die Ausbildungsfachleute in Uni und Seminar. Ein Schlechtreden der Lehrer, wie geschehen, ist falsch. Lehrer sind

(C)

(D)

(Michael Solf [CDU])

- (A) nicht unbelehrbar, sie sind höchstens "un-Behle-
bar".

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Viertens: Wir erkennen an, dass die Lehrerausbildung nicht ein "Studium light" sein darf. In ein zügig angelegtes wissenschaftliches Studium - ich betone: wissenschaftlich - werden von Anfang an und obligatorisch praxis- und handlungsorientierte pädagogische Studien implementiert. Fachdidaktik und Lehrmethodik müssen viel stärker in den Mittelpunkt der Ausbildung gestellt werden. § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 3 Ihres Gesetzentwurfs sind einfach zu dünn und zu vage, zu nichtssagend. Sie haben eher Appellcharakter. Ich will kein Nacheinander, sondern eine Quervernetzung zwischen den Phasen. Ich will ein Lehramtsstudium und kein erziehungswissenschaftliches Schwänzchen von ein paar angeklebten Semesterchen.

Fünftens: Die Lehrer müssen die wissenschaftlich und pädagogisch gewappneten Vollprofis für eine bestimmte Schulform sein. Sie sind die Könner, die gelernt haben und wissen, was Aufbauschule ist, was Grundschule ist, was berufsbildende Schule ist, was Sonderschule, Realschule oder Gymnasium ist. Sie sollen ein Praxissemester in dieser Schulform absolviert haben. Nur ein gut ausgebildeter Lehrer ist ein guter Lehrer, und jede gute Ausbildung braucht von Beginn an einen klaren Berufsfeldbezug, wie es sich für jeden Beruf gehört.

(B)

Die Bündelung von Grund-, Haupt- und Realschule und Sek I der Gesamtschule in § 5 ist fachlich unhaltbar, eine Nichtwürdigung all dessen, was in den jeweiligen genannten Schulformen von den dafür auszubildenden Lehrern geleistet werden muss.

Sechstens: Sie werden mit Ihrem Gesetzentwurf der Grundschule mit ihrem bewährten Dreifächer-Prinzip überhaupt nicht gerecht. Es ist doch grotesk, wenn in derselben Zeit, in der bisher das Lehramt Grundschule studiert wurde, in Zukunft auch noch die anderen Lehrämter absolviert werden sollen. Wenn - zumal nach PISA - landauf, landab gerade bei der Grundschule die individuelle und differenzierte Förderung der Schüler - und zwar gerade im Blick auf ausländische und sozial benachteiligte Kinder - eingefordert wird, ist es doch völlig verfehlt, die Aus-

bildungsplätze in den Seminaren für die Grundschule um 30 % zurückzuführen, wie Sie es tun.

(C)

(Beifall bei der CDU)

An ihren Taten, nicht an Ihren Worten messen wir diese Landesregierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Siebtens: Wir kommen zurzeit ohne Quereinsteiger nicht aus - gewiss. Das darf aber doch nicht dazu führen, dass wir diese wie jetzt ohne hinreichende Nachqualifizierung in Erziehungswissenschaft in die Klassen schicken. Wir benötigen auch für Quereinsteiger Hospitation und überwachten Unterricht und selbstständigen Unterricht, davon aber nicht wie zurzeit 18 Stunden. Bei der jetzigen Regelung ist der Quereinsteiger im Unterricht allein gelassen. Er hat kein Korrektiv, er hat keine Rückkopplung, er bekommt keine Anregung. Das sagen Ihnen alle Betroffenen, besonders am Berufskolleg.

Achtens. § 23 Ihres Gesetzentwurfs zur Fortbildung ist erbärmlich dürftig. Ich fordere dagegen Folgendes: Die ersten Praxisjahre werden von berufsbegleitender Fortbildung und Reflexion der Praxiserfahrungen begleitet. Hierzu müssen Universitäten und Studienseminare entsprechende Bausteine und personelle Ressourcen anbieten können, die gleichzeitig auch einer Weiterqualifizierung aller Lehrerinnen und Lehrer dienen. Fortbildung muss obligatorisch werden. Wer die dritte Phase der Lehrerausbildung so lieblos behandelt wie Sie seit Jahren handelt wider besseres Wissen.

(D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Eines möchte ich zum Schluss in aller Bescheidenheit noch loswerden dürfen. Frau Ministerin, Sie werben für das konsekutive Modell mit dem Satz "Non scholae, sed vitae discimus". Hätten Sie doch nur geschwiegen! Seneca hat den Gegensatz von Leben und Schule formuliert, als er feststellte, zum Erwerb moralisch einwandfreier Gesinnung bedürfe es keiner großen wissenschaftlichen Arbeit. Ich nehme zu Ihren Gunsten an, Frau Ministerin, Sie werden in Zukunft den Kontext dieses Zitates vermeiden. Gewiss, die Schüler sollen nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen; die Lehrer aber müssen, verdammt noch

(Michael Solf [CDU])

- (A) mal, für die Schule, ihre schulische Berufswelt, ihre Schulform lernen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Kollege Solf. - Für die FDP-Fraktion hat Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier vor knapp einem Jahr das Thema "Lehrerausbildungsreform" in großer Sachlichkeit diskutiert. Es gab auch aufseiten der Koalitionsfraktionen sehr viel Nachdenklichkeit. Wir hatten als FDP mit Drucksache 13/1215 ein vernünftiges Papier für die Leitlinien zur Neuordnung der Lehrerausbildung vorgelegt. Es gab die Bereitschaft, über vieles nachzudenken und es auch in Ihren Arbeitskreisen zu diskutieren.

Wenn man sich aber anschaut, was jetzt als LABG von der Landesregierung vorgelegt worden ist, kann man wahrlich nur enttäuscht sein, weil die Kernfragen, die auch Herr Solf gegen Ende seiner Ausführungen aufgeworfen hat, überhaupt nicht beantwortet werden: Was tun wir, um letztlich die Professionalität zu stärken, um Lehrer anforderungsgerechter auf das vorzubereiten, was sie am Arbeitsplatz "Schule" letzten Endes erwartet? Da gibt es gegenwärtig entscheidende Fehlkonstrukturen, die wir auch hier immer wieder vorgetragen haben.

- (B) Fangen wir einmal an mit dem mangelnden Praxisbezug. Auch diesbezüglich schlagen Sie eher ein "Reförmchen" vor, das bei Weitem nicht weit genug springt.

Wir brauchen nach unserer Auffassung in der ersten Phase der Lehrerausbildung ein Praxissemester, damit die Studenten erfahren, auf was sie sich einlassen und wie nachher die Unterrichtswirklichkeit aussieht. Je nachdem, aus welchem schulischen Umfeld bzw. von welcher Schulform man ins Studium eintritt, hat man nur eine sehr eingeschränkte Vorstellung von dem, was einen als angehenden Lehrer in einigen Schulformen - gerade auch an Standorten von Brennpunktschulen - nachher erwartet.

- (C) Diese Phase der kritischen Selbstprüfung muss früh nach Studienaufnahme erfolgen, um für sich zu erfahren, ob man sich den Job in der Praxis dauerhaft zutraut. Zu spät ist es definitiv, wenn diese ersten tatsächlichen praktischen Kontakte erfolgen, wenn man festgelegt ist und darauf angewiesen ist, im Job zu stehen und keine Wechselalternativen hat.

Wir brauchen für die zweite Phase der Lehrerausbildung eine völlige Neukonzentration auf den Ausbildungsauftrag.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wir machen heute bedarfsdeckenden Referendarsunterricht überhaupt nicht mehr für Ausbildungszwecke, sondern nur noch, um Planstellen im Haushalt zu besetzen. Der Finanzminister sitzt bei den Haushaltsberatungen hier und rechnet uns jedes Jahr stolz vor, dass er mehrere Tausend reguläre Planstellen einspart, weil wir die über BDU der Referendare abdecken. Das kann nicht Sinn und Zweck von Lehrerausbildung sein.

(Beifall bei der FDP)

- (D) In der dritten Phase der Lehrerausbildung müssen wir in der Tat Fortbildungs- und Weiterbildungsaktivitäten stärken. Auch darüber haben wir erst Ende des letzten Jahres diskutiert, Frau Ministerin Behler. Wir haben Ihnen ja vorgerechnet, was Ihre Haushaltszahlen bedeuten: 150 DM bzw. jetzt 75 Euro jährlicher Fortbildungsaufwand pro Lehrer in Nordrhein-Westfalen.

Schauen Sie sich doch einmal an, was es für eine Kritik von den Gewerkschaften gibt, dass in Zeiten einer schlechten Konjunkturlage "die bösen Arbeitgeber" nur für rund 1.000 DM im Schnitt jeden Beschäftigten bilden. Dazu können Sie viele interessante Studien - im Übrigen auch von der IG Metall, Ihrer neuen "Bildungsgewerkschaft" - nachlesen. Das macht an dieser Stelle vielleicht etwas klüger. 150 DM Fortbildungsaufwand sind jedenfalls lächerlich. Wenn das die ernst gemeinte politische Botschaft ist, so den Stellenwert von Lehreraus- und -fortbildung in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln, dann fehlt im Haushalt schon jede Grundlage für das, worüber man hier diskutieren könnte.

Den nächsten entscheidenden Punkt unserer Ablehnung markiert die mangelnde Wettbewerbs

(Ralf Witzel [FDP])

- (A) Fähigkeit des nordrhein-westfälischen Modells gegenüber dem anderer Bundesländer. Wir haben bereits heute erhebliche Standortnachteile mit der Stufenlehrausbildung, die es in vielen anderen Bundesländern so gar nicht gibt. Dabei werden die spezifischen Anforderungen entsprechend der Bildungsgänge ignoriert, und dies stellt einen Grund für die Lehrerabwanderung in andere Bundesländer dar.

Obwohl wir heute schon Rekrutierungsprobleme haben, geht die Landesregierung hin und weitet diesen Trend des Zurückfallens gegenüber anderen Bundesländern aus. Mittlerweile bieten wir auch stufenübergreifende P/SI-Lehrämter an. Von PISA haben Sie wirklich nicht viel begriffen. Schauen Sie doch einmal hinein, wie zentral gerade die Bedeutung der Primarausbildung ist.

Gerade dort werden frei nach dem Motto "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!" die Grundlagen für weitere Bildungsverläufe bzw. -entwicklungen gelegt. Deshalb brauchen wir gerade für die Primarstufe entsprechend ausgebildete Fachleute. Da rechnen Sie uns aber vor, dass diejenigen Lehrer, die die Fachoberschulreife verleihen - also die Beurteilung, ob Schüler in sich anschließende Schulstufen wie die Sekundarstufe II zwecks Fortsetzung eines akademischen Ausbildungsweges übertreten -, die selben sein sollen, die in der ersten Klasse in einer Brennpunktgrundschule anfangen, wo über 70 % der Kinder die deutsche Sprache nicht beherrschen und über elementare Kulturtechniken nicht verfügen. Das alles jetzt in einen Topf zu werfen ist ein Rückschritt. Die Entprofessionalisierung der Lehrerausbildung wird uns in Nordrhein-Westfalen noch viele Probleme bereiten.

Zur Personalplanung. Je mehr Sie - das ist auch unser Ansatz - eine schulformorientierte Lehrerausbildung anbieten, desto besser sind Sie in der Lage, die zukünftigen Bedarfe zu planen und steuernde Maßnahmen über Anreizsysteme zu ergreifen, um in den Bereichen, in denen es in der Lehrerversorgung eng wird, tätig zu werden. Heute finden wir bereits bei dem Modell des Stufenlehrers, das Sie noch weiter erodieren lassen wollen, die Situation vor, dass der SI-Lehrer notgedrungen - oftmals ist es ja so - am Hauptschulstandort anfängt und sich, sobald er dann die Stelle formal angetreten hat, vom ersten Tag an für eine andere Schulform bewirbt.

Ich finde es deshalb enttäuschend, was uns heute von der Landesregierung als Gesetzentwurf zum LABG vorgelegt wird. Die Kernfrage, was Lehrern am Arbeitsplatz Schule nützt, wird nicht entsprechend beantwortet. Der Trend der Entprofessionalisierung wird weiter fortschreiten. Sagen Sie aber nicht, Sie wüssten nicht, was Sie täten. Wir haben Sie rechtzeitig gewarnt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst einmal sagen, dass ich trotz aller Schwierigkeiten um den Beruf doch finde, dass Lehrerinnen und Lehrer sein ein sehr schöner Beruf ist, auch wenn es ein sehr schwerer Beruf ist.

(Zurufe von Ralf Witzel [FDP])

- Ich kann mir im Gegensatz zu Herrn Möllemann durchaus vorstellen, in der Schule zu arbeiten. Ich hatte gestern eine sehr nette Diskussion mit einer Schulgruppe aus meiner Heimatstadt. Solche Begegnungen eröffnen wieder einen ganz anderen Zugang zu dem Thema.

Ich finde, wir sollten alles daransetzen, dass Lehrerinnen und Lehrer für diesen Beruf so gut wie möglich qualifiziert und vorbereitet werden.

An einer Stelle merkt man hier die Unterschiede: Ich gehe davon aus, dass Lehrerinnen und Lehrer - egal in welcher Schulform sie hinterher eingesetzt werden - bestimmte Grundqualifikationen brauchen.

(Zurufe von der FDP: Das ist wohl wahr!)

Die Gewährleistung dieser Grundqualifikationen - der Umgang mit Kindern, die Weiterbildung in Fachwissenschaften - stellt dieses neue Leitbild von Lehrerinnen und Lehrern dar; von Grundqualifikationen, welche am Anfang jeder Ausbildung zugrunde gelegt werden müssen, und zwar unabhängig davon, für welche Schulform wir ausbilden. Auch so etwas wie pädagogisches Ethos muss in der Ausbildung Grund gelegt werden. Das

(B)

(C)

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) ist wirklich in jeder Schulform wichtig, nicht nur in der Oberstufe, sondern auch in der Primarstufe.

Dieses neue Wissen und dieses Leitbild muss man an den Anfang stellen. Dann kommen Module hinzu, also bestimmte fachwissenschaftliche Fragen und bestimmte erziehungswissenschaftliche Fragen.

Die Begründung des Gesetzentwurfes möchte ich noch einmal formulieren, weil Lehrerinnen und Lehrer heute viel mehr und ganz andere Dinge können müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass ihnen das in der Ausbildung vermittelt wird.

Auf Seite 21 heißt es in der Begründung:

"Der Beruf der Lehrerin und des Lehrers steht vor neuen Anforderungen, um die wachsende soziale und kulturelle Heterogenität der Schülerinnen und Schüler bewältigen und ihre differierende Leistungsfähigkeit erkennen und - sowohl hinsichtlich von Lernbeeinträchtigungen als auch besonderer Begabungen - angemessen fördern zu können."

Beide Elemente müssen alle Lehrerinnen und Lehrer können, egal, wo sie arbeiten.

- (B) "Dazu zählen auch Elemente der reflexiven Koedukation sowie der interkulturellen Pädagogik."

Das wird, auch was die Frage der neuen Medien angeht, weiter ausgeführt.

Zu diesem neuen Leitbild von Lehrerinnen und Lehrern gehört auch die Präsenz. Wenn wir immer über Ganztage reden, gehören dazu andere Formen der Präsenz und andere Formen des Arbeitslebens von Lehrerinnen und Lehrern.

Herr Degen hat darauf hingewiesen, dass wir schon bestimmte Grundlagen formuliert haben. Auch die Ministerin hat darauf hingewiesen. In dem Eckpunktepapier von 1999 steht etwas über Stärkung der Methodik, Stärkung der Didaktik, Erweiterung erziehungswissenschaftlicher Anteile, damit Lehrerinnen und Lehrer vorbereitet werden. Da haben wir - so glaube ich - neue Grundlagen geschaffen. Sie müssen auch verpflichtend sein. Sie müssen genauso verpflichtend sein wie die Fortbildung in der dritten Phase.

In den Diskussionen im Zusammenhang mit PISA ist mir ein Punkt extrem aufgefallen und deutlich

geworden: Nur 10 % der Lehrerinnen und Lehrer schätzen heute richtig ein, wenn Schwächen vorliegen. Diese Trefferquote von nur 10 % bei der Frage, welche Kinder Defizite haben, fand ich fatal. Insofern müssen wir auch die Fähigkeit, Schwächen zu erkennen, verbessern, um Interventionen möglichst früh zu entwickeln. (C)

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir müssen da in jedem Fall früh ansetzen. Ich hoffe, dass wir insofern einer Meinung sind. Deswegen gehören angehende Lehrerinnen und Lehrer natürlich auch im Laufe des Studiums früh in die Schule.

Zwei Punkte sind angesprochen, bei denen es auch bei uns noch Diskussionsbedarf gibt und zu denen wir ausdrücklich eine Anhörung nutzen wollen, um da noch genauer hinzugucken. Sie betreffen die neuen Modelle, konsekutiv Studiengänge aufzubauen.

(Zuruf von der CDU)

- Natürlich wollen wir das evaluieren. Wir haben auch keinen Dissens, dass wir überprüfen, was wir erproben, um hinterher nur das fortzusetzen und überall einzuführen, was sich bewährt hat. Wir sagen nicht: Lasst sie mal machen. (D)

Uns ist bei diesen neuen Modulen sehr wichtig, dass man auch in einem solchen konsekutiven Studiengang frühe Praxisphasen einplant, damit die Leute eben nicht - wie früher oft - auf den Lehrerberuf hin zwar ausgebildet, aber hinterher nicht eingesetzt werden. Vielmehr sollen sie früh merken und für sich persönlich erkennen, ob das ein Beruf für sie ist. Ich persönlich habe mit einem Lehrerausbildungsberuf angefangen und wollte nicht Lehrerin werden. Durch ein frühes Praktikum habe ich gedacht: Das ist doch etwas. Es kann also auch andersherum gehen. Ich glaube, es ist wichtig, das früh festzustellen.

Genauso wichtig ist aber auch, dass es nicht eindimensional bleibt, dass also Leute, die Lehrerinnen und Lehrer sind, auch für andere Felder qualifiziert sind, weil es gut tut, auch in andere Bereiche hineinzuschauen.

Wir wollen das genau beobachten und nicht etwa sagen: Lass sie an den Universitäten machen; sie werden es schon richtig machen. Trotzdem unterstelle ich, dass sich die Hochschulen bemühen, gute Konzepte vorzubereiten, und neue Dinge

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) ausprobieren wollen. Diesen gesetzlichen Rahmen aber wollen wir schaffen.

Der zweite Punkt ist die Konstruktion der Lehrämter. Da wundert mich die Behauptung, PISA zeigte die Richtigkeit einer separierten Primarstufenausbildung. - Denn wenn wir offensichtlich eine stärkere Verzahnung von Elementar- und Primarbereich und auch eine stärkere Verzahnung von Primar- und Sekundarbereich brauchen, ist es doch angebracht, zunächst einmal zu überlegen, ob man diese Dinge "zusammendenkt" und innerhalb einer Ausbildung Spezialisierung vornimmt. Natürlich sollen sich Studierende vom Grundsatz her auf eine bestimmte Schulform hin qualifizieren und einrichten, aber sie sollen auch in andere Felder hineinschnuppern. Mir hat es sehr gut getan, in einem Gymnasium und in einem Berufskolleg gelernt zu haben, weil ich hinterher eine ganz andere Stelle bekommen und angenommen habe als geplant. Das zeigt: Je enger man die Ausbildung fasst, um so weniger ist es möglich, irgendwo anders eingesetzt zu werden und dort auch qualifiziert handeln zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Die Verengung des Blicks ist falsch, weil wir eher Bandbreitenpädagogen als Spezialisten brauchen.

Das Wissen verändert sich doch so schnell, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit dem Wissen aus zwei Fächern von der Hochschule nicht für immer und ewig gut ausgebildet sind. Vielmehr müssen sie sich fortbilden. Auch das hat PISA gezeigt.

Obwohl Kritik von der einen oder anderen Stelle kommt - das zeigt die Schwierigkeit, Reformen in Gang zu setzen; natürlich kann man es nicht allen Recht machen -, bitte ich darum, die Anhörung zu nutzen, um ein Profil für Lehrerinnen und Lehrer in den Strukturen zu entwickeln, dass den Anforderungen an ein modernes Bildungssystem des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

Wir wollen das gerne tun und hoffen auf konstruktive Diskussionen, weil es die Sache der Kinder und Jugendlichen unseres Landes wert ist. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Kollege Kuhmichel das Wort.

(C)

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wie immer in diesem Hause: Die Ministerin und die rot-grünen Koalitionäre sind von ihrem Gesetzentwurf und von der Schönheit desselben so geblendet, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Knitterfalten in den Gewändern dieses Projektes zu sehen. Das Schlimmste ist überhaupt, dass das, was der Kollege Solf hier engagiert, kompetent und mit Unterhaltungswert vorgetragen hat, überhaupt nicht richtig wahrgenommen wurde.

Frau Ministerin, ich denke, Sie sind gleich gehalten, das noch einmal zu reflektieren, was Ihnen vom Kollegen Solf ins Stammbuch geschrieben worden ist. Er hat eindringlich wie überzeugend dargelegt, dass Ihr Gesetzentwurf die bestehenden Defizite in der universitären Lehrerausbildung überhaupt nicht beseitigt.

Außerdem hat er deutlich gemacht, dass die zahlreichen Anregungen, die von vielen Fachleuten, von Berufsverbänden gekommen sind, nicht in geeignetem Maße ernst genommen worden sind, wie wir es im Hochschulbereich immer wieder leidvoll erleben müssen. Das ganze Verfahren wird wiederum staatlich durchdrungen werden, indem am Ende Rechtsverordnungen das durchsetzen, was Sie für richtig halten. Dieses wollen wir so nicht mittragen. Im weiteren Verfahren werden wir Konzepte vorlegen, wie die Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen zu reformieren ist.

(D)

Da ich wenig Zeit habe, werde ich hier und heute nur wenige Leitgedanken vorstellen, die wir noch rechtzeitig in die Debatte einbringen werden.

Wir gehen von einem Prinzip aus, das für uns durchgängig einzuhalten ist: Die Lehrerausbildung ist künftig schulformbezogen zu gestalten - nach Primarstufe, Aufbauschule, Realschule, Gymnasium, Berufskollegs und Sonderschulen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei der inhaltlichen Gestaltung ist - mehr als bisher geschehen - auf eine verstärkte Vernetzung

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) von benötigtem universitären Wissen und zu vermittelndem Schulwissen größerer Wert zu legen.

Weiterer Punkt: Wir möchten, dass ein Praxissemester - nach unserer Vorstellung am besten nach dem vierten Studiensemester - verpflichtend wird. Wir wollen von Anfang an eine intensive Betreuung der Studierenden gewährleisten, die zum einen den Ausbildungsprozess engmaschig begleitet und zum anderen eine enge Rückkopplung zwischen erlerntem Wissen und praktischer Umsetzung ermöglicht.

Für heute als letzter Punkt: Man sollte an den Hochschulen, in den Lehrerausbildungszentren Kapazitäten vorhalten, welche eine intensive Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer in der ersten Berufsphase sicherstellen.

Frau Ministerin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün! Was Sie vorgelegt haben, ist nicht der Stein der Weisen. Daran muss noch sehr viel operiert werden. Wir werden uns daran im Sinne der uns nachwachsenden Generation und der Lehrerinnen und Lehrer in unserem Lande, die seit vielen Jahren von Ihrer Politik arg gebeutelt sind, beteiligen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kuhmichel. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Prof. Dr. Wilke das Wort.

Dr. Friedrich Wilke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in der zweiten Runde kurz auf einen Punkt eingehen, der im Gesetzestext zwar nur einen kleinen Teil einnimmt, in der praktischen Auswirkung aber weitreichende Bedeutung haben kann und vermutlich haben wird. Ich meine die gestuften Studiengänge nach dem Bachelor- und Master-Prinzip. Meine Wertung hier und heute ist eindeutig, Frau Ministerin: Ausdrücklich begrüße ich die Alternativen zum klassischen Lehrerstudium.

Es verwundert mich ein bisschen, was die verehrten Kollegen aus dem Schulbereich gesagt haben. Herr Recker hat es vorhin nebulös ausgedrückt. Mir ist nicht klar geworden: Begrüßt er es? Ist er mehr dafür? Ist er mehr dagegen? Aber das kann an mir liegen.

Herr Solf interpretiert das als Instrument der hochschulpolitischen Weichenstellung, so, als ob die Hochschulen trotz der vielen Bachelor- und Master-Studiengänge, die es schon gibt, über diesen Weg eine Weichenstellung benötigen würden.

Frau Löhrmann sagt: Wir wollen den Hochschulen genau auf die Finger schauen. Ich empfinde es als Drohung gegenüber autonomen Hochschulen, Frau Löhrmann.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Quatsch!)

Ich denke, Frau Löhrmann, die Hochschulen werden dazu die richtige Antwort haben.

Ich bin vor allen Dingen aus zwei Gründen für diese Modellversuche Bachelor und Master, kann allerdings darauf nicht detailliert eingehen.

Erstens sind es ökonomische und planerische Aspekte auf dem Lehrerm Arbeitsmarkt. Uns wird es niemals gelingen, den künftigen Lehrbedarf nach Fächergruppen quantitativ zu prognostizieren und die Lehrerausbildung entsprechend zu steuern. Wer dies glaubt, unterliegt planerischen Illusionen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Stellen Sie eine Zwischenfrage, Frau Löhrmann.
- So wird es auf dem Arbeitsmarkt für Lehrer immer wieder Überschüsse oder Defizite geben, insgesamt oder in bestimmten Fächern. Das ist in einer dynamischen Wettbewerbswirtschaft unvermeidlich. Also brauchen wir ein System, das einerseits Überschüsse in andere Berufe besser umleitet und andererseits Defizite durch zusätzliche Einwerbung erleichtert. Genau dies leisten gestufte Studiengänge besser. Zweitens geht es um die individuellen persönlichen Gründe der Lebensplanung und der Berufsplanung. Auch hier gewinnen wir an individueller Flexibilität und Freiheit.

Insofern, Frau Ministerin, ist mir die Gesetzesformulierung eher zu zaghaft, denn gestufte Studiengänge werden nur als mögliche Modellversuche deklariert. Ich habe heute gelernt, es gibt Durchsetzungsschwierigkeiten. Nach meiner Einschätzung sollte es mehr sein, als nur ein begrenzter Modellversuch an wenigen Hochschulen. Ich wünsche Ihnen - ich gebe Ihnen die an die Kollegin Frau Pieper-von Heiden gerichteten Wünsche zurück - hierbei sehr viel Flow bei der Genehmigung der inzwischen schon beantragten Studiengänge.

(C)

(D)

(Dr. Friedrich Wilke [FDP])

- (A) Abschließend möchte ich in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Aspekt erwähnen. Meine Damen und Herren, Herr Kessel! Wir sollten den möglichen Beitrag der Fachhochschulen bei der Lehrerausbildung nicht übersehen. Auch vom Expertenrat wurde die Ausdehnung des Fächerkataloges empfohlen, und in Münster läuft bereits eine Erprobung.

Meine letzte Frage: Was spricht dagegen, die spezifischen Potenziale und Erfahrungen der Fachhochschule gerade im Bereich praxisnaher Ausbildung mit Praxissemestern auch für die Lehrerausbildung zu nutzen, insbesondere bei den Berufsschullehrern? Darüber sollten wir in den verschiedenen Ausschüssen reden, und auf diese Diskussion freue ich mich. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wilke. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Kessel das Wort.

- (B) **Dietrich Kessel (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch zwei, drei Anmerkungen zu dem Thema Einführung gestufter Studiengänge in der Lehrerausbildung machen. Im Vordergrund muss natürlich das Ziel stehen, am Ende - ich sage es salopp - bessere Lehrerinnen und Lehrer zu haben. Die Form ist nachrangig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber wir sollten - auch das ist unsere Meinung - in der Tat den Versuch unternehmen, uns in Verbindung mit Modellversuchen der Frage zu stellen, ob gestufte Studiengänge in der Lehrerausbildung ein möglicherweise besseres, zumindest aber gleichwertiges Mittel, eine möglicherweise bessere, zumindest aber gleichwertige Form für eine bessere Lehrausbildung darstellen. Um nichts mehr und um nichts weniger geht es.

Sie wissen ja - die Ministerin hat das erwähnt -, uns liegen eine Reihe von Anträgen von Hochschulen vor, die gerne im Rahmen der Öffnungsklausel in diese Studiengänge einsteigen wollen. Wir sind der Meinung, dass diese Anträge sehr

ernsthaft durchgeprüft werden müssen. Dabei spielen etliche Gesichtspunkte eine Rolle. (C)

Unter anderem wird eine Rolle spielen, wie es sich mit der Polyvalenz verhält. Denn in der Tat: Wenn man einen Bachelor-Studiengang im Rahmen der gestuften Lehrerausbildung einführen sollte, muss gewährleistet sein, dass diejenigen, die diesen Bachelor-Abschluss machen, auch die Chance haben, in andere Berufsfelder als die der Lehrerin oder des Lehrers einzutreten. Das ist eine wichtige Frage, mit der wir uns in den weiteren Beratungen intensiv werden befassen müssen.

Das Ziel muss lauten: Wenn wir junge Menschen in die gestuften Studiengänge im Rahmen dieser Modellversuche schicken sollten - ein unabhängiges Expertengremium wird einen sehr kritischen Blick auf die Modellversuchsanträge werfen -, muss schon am Anfang dieses Studiums im Prinzip gewährleistet sein, dass die Absolventen mit den Absolventen konkurrieren können, die die traditionelle, reformierte Struktur durchlaufen haben. Denn es kann nicht sein, dass am Ende Leute die gestuften Studiengänge durchlaufen haben, aber bei der Einstellung vor der Tür bleiben.

Von daher haben wir eine ganz Reihe von Fragen, die wir uns vor der Einführung gestufter Studiengänge ansehen und beantworten müssen. Wir müssen das in aller Ruhe und sehr ernsthaft tun. Ich bin optimistisch, dass am Ende einige der Anträge, die von den Hochschulen zur Einführung gestufter Studiengänge vorgelegt worden sind, auch zum Zuge kommen werden. - Ich danke Ihnen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Kollege. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Ich komme zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/2084 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend - und an den **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmt, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.